

Kurzprotokoll der Oktobersession 2000

- [Übersicht](#)
- [Finanzvorlagen](#)
- [Rechtsetzung](#)
- [Eintritte](#)
- [Wahlen](#)
- [Motionen](#)
- [Postulate](#)
- [Interpellationen](#)

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 23. und dem 24. Oktober 2000, fand unter dem Vorsitz von Ruedy Scheidegger, Dagmersellen, eine Session des Grossen Rates statt.

Hauptgeschäfte der Session waren die Verabschiedung des Staatsvoranschlags für das Jahr 2001 und die Behandlung des Finanzplans 2001–2005. Zum dritten Bereichsgesetz des neuen Erziehungsrechts, dem Gymnasialbildungsgesetz, führte der Grosse Rat die Eintretensdebatte und begann mit der Detailberatung. Ferner genehmigte er die neue Gemeindeordnung von Neuenkirch.

Der Rat vereidigte zwei neue Ratsmitglieder, wählte zwei neue Mitglieder in ständige Kommissionen und behandelte 16 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 43 parlamentarischen Vorstössen. Die für sieben Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für zwei beschlossen und durchgeführt und für drei abgelehnt. Ein dringlich eingereicherter Vorstoss wurde von der Postulantin zurückgezogen, und bei einer Interpellation wurde auf die dringliche Behandlung nachträglich verzichtet.

Von den 21 traktandierten Geschäften wurden zwei Interpellationen nicht behandelt.

Finanzvorlagen

Staatsvoranschlag 2001. Die Entwürfe von Grossratsbeschlüssen über den Voranschlag 2001 und über den Bezug der Staatssteuern im Jahr 2001 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. August 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 16. September 2000, S. 2299) wurden behandelt (Finanzkommission; Sprecher: Hans Walthert, Hohenrain) und unter Berücksichtigung eines Antrags der Kommission gutgeheissen. Der genehmigte Voranschlag weist in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 0,3 Millionen Franken auf, während sich in der Investitionsrechnung Nettoinvestitionen von rund 190 Millionen Franken ergeben (ohne Darlehen und Beteiligungen). Der Finanzierungsfehlbetrag in der Gesamtrechnung beläuft sich auf rund 17,67 Millionen Franken (ohne Darlehensgeschäfte), der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 90,8 Prozent. Der Steuerfuss von 1,90 Einheiten bleibt im Jahr 2001 unverändert.

Finanzplan 2001–2005. Der Finanzplan 2001–2005 gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 14. August 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 37 vom 16. September 2000, S. 2300) wurde behandelt (Finanzkommission unter dem Vorsitz von Räto Camenisch, Kriens) und zur Kenntnis genommen.

Rechtsetzung

Gymnasialbildungsgesetz. Zum Entwurf eines Gesetzes über die Gymnasialbildung als Teil der Totalrevision des Erziehungsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 21. November 1997 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 49 vom 6. Dezember 1997, S. 3231) wurde die Eintretensdebatte geführt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Bruno Stalder, Schüpfheim) und mit der Detailberatung angefangen. Das Gymnasialbildungsgesetz ist eines der sechs geplanten Bereichsgesetze der neuen Erziehungsgesetzgebung. Neben dem Gesetz über die Volksschulbildung, in Kraft seit dem 1. Januar 2000, verabschiedete der Grosse Rat bisher das Gesetz über die Hochschulen des Kantons Luzern in der Fachhochschule Zentralschweiz, dessen Inkrafttreten auf den 1. Januar 2001 vorgesehen ist, und das Gesetz über die universitäre Hochschulbildung, das am 21. Mai in der Volksabstimmung angenommen wurde und am 1. Oktober 2000 Kraft getreten ist. Mit dem Gesetz über die Gymnasialbildung passt der Kanton seine einschlägige Rechtsgrundlage dem schweizerischen Maturitätsanerkennungsreglement vom 1. August 1995 an, mit welchem die Maturitätstypen A, B, C, D und E abgeschafft wurden. Neu können die Schülerinnen und Schüler neben den vorgeschriebenen sieben Grundlagenfächern ein Schwerpunkt- und ein Ergänzungsfach wählen. Die 1. Beratung des Gesetzes soll in der Novembersession weitergeführt werden.

Gemeindeordnung von Neuenkirch. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der revidierten Gemeindeordnung von Neuenkirch gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 20. Juni 2000 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 30 vom 29. Juli 2000, S. 1911) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Ruedi Amrein, Malters) und gutgeheissen. Die Gemeindeordnung wurde an die kantonale Gesetzgebung angepasst und der Beamtenstatus abgeschafft.

Eintritte

Grosser Rat. An die Stelle der aus dem Rat ausgetretenen Mitglieder Valentin Stäheli, Sempach, und Willy Möll, Ebikon, traten neu in den Rat ein:

- Esther Schönberger, Winikon,
- Guido Müller, Honau.

Wahlen

Grosser Rat. Neu gewählt wurden anstelle von Valentin Stäheli, Sempach, und Willy Möll, Ebikon,

- in die Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit Esther Schönberger, Winikon,
- in die Staatspolitische Kommission Guido Müller, Honau.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 174 von Konrad Graber, Kriens, über eine Steuerreduktion im Jahre 2002.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 213 von Peter Brunner, Rain, über die Aufhebung des Dekrets zur Kürzung der Staatsbeiträge von 5 Prozent auf das Jahr 2001 (dringliche Behandlung),
- M 215 von Yvonne Schärli, Ebikon, über die Aufhebung des Dekrets und des Grossratsbeschlusses über die Weiterführung der Kürzungen bei den Staatsbeiträgen (dringliche Behandlung),
- M 122 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über eine generelle Lohnerhöhung im Pflegebereich,
- M 40 von Prisca Birrer, Rothenburg, über die Einführung einer existenzsichernden Kinderrente bei gleichzeitiger Abschaffung der Kinderzulagen und Steuerabzüge,
- M 166 von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über Transportverträge.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Odilo Abgottspon, Luzern, über die Verbesserung der Chancengleichheit im Luzerner Bildungswesen (als Motion M 145 eingereicht),
- von Louis Schelbert, Luzern, über die Neuregelung der Kompetenzen im öffentlichen Verkehr (als Motion M 165 eingereicht),
- P 168 von Ruedi Schmidiger, Hasle, über den Bau eines Radwegs von der Gemeindegrenze bis zum Dorfeingang Hasle,
- P 171 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die schrittweise Verwirklichung der S-Bahn Zentralschweiz.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Rosemarie Stocker, Adligenswil, über die Anpassung der Löhne und die Aufhebung des Stellenstopps (als Motion M 125 eingereicht),
- von Walter Stucki, Emmen, über eine Umfahrungsstrasse für Emmen Dorf (als Motion M 70 eingereicht).

Interpellationen

Schriftlich beantwortet wurden die Interpellationen

- I 157 von Regula Schurtenberger, Hochdorf, über die Ausweisungspraxis der Luzerner Behörden gegenüber invalid gewordenen Ausländerinnen und Ausländern,
- I 37 von Louis Schelbert, Luzern, über allfällige Kostenfolgen für den Kanton aus den Kostenforderungen beim KKL,
- I 158 von Hans Stettler, Buchrain, über die Zukunft der CKW-Liegenschaft Schweissmatt in Inwil,
- I 172 von Heinz Dätwyler, Kriens, über die 2. Etappe Bahn 2000